

Bundesvorstand:

Vorsitzender:
Dieter Dombrowski, MdL,
Vizepräsident Landtag Brandenburg
Stellv. Vorsitzende:
Roland J. Lange
Carla Ottmann
Ehrevorsitzender:
Horst Schüler †

Geschäftsstelle:

Ruschestraße 103, Haus 1
D-10365 Berlin
Tel: (030) 55779351
Fax: (030) 55779340
E-Mail: info@uokg.de

Geschäftszeiten:

Montag bis Freitag
10:00 – 16:00 Uhr

www.uokg.de

Anhörung
„Zukunft Stasiunterlagenarchiv“
am 5. Juni
im Deutschen Bundestag

Stellungnahme
der
Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft
(UOKG)

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe im März 2019 folgende Erklärung abgegeben:

„Solange die Akteneinsicht sich für die Opfer nicht verändert bzw. sogar verbessert und das Stasi-Archiv auch in den Regionen für das öffentliche Bewusstsein deutlich sichtbar bleibt, tragen wir als Vertreter der Opfer diesen Prozess mit. Unverzichtbar bleibt uns die Berufung eines Opferbeauftragten durch den Deutschen Bundestag.“

Hildigund Neubert folgend füge ich aber sogleich hinzu, dass das Stasi-Archiv eine politische Dimension von nationalgeschichtlicher Bedeutung verkörpert, die aktiv umgesetzt werden muss (Zitat): „Die Institution (BStU) mitsamt dem StUG ist mehr als ein bloßes Archiv. Diese Institution erwuchs aus dem historisch-politischen Prozess der Überwindung der Diktatur und der Wiedervereinigung. Sie ist Teil der politischen deutschen Kultur geworden. Sie ist ein Denkmal der Freiheit und repräsentiert den Geist der friedlichen Revolution wie keine andere Einrichtung in Deutschland. In Zeiten verdeckter Einflussnahme ist BStU eine Säule der Transparenz und der Aufdeckung von Verrat.“

Im Folgenden möchte ich beispielhaft umreißen, welches die nächsten Aufgaben sind, um diese Vorbedingung zu erfüllen.

1. Für die Sichtbarkeit des Stasi-Archivs nach außen Bedarf es eines eigenen Konzeptes der Öffentlichkeitsarbeit mit ausreichender Finanzierung, das sowohl die Zentrale, die Archivstandorte als auch die Außenstellen einschließen sollte. Dieses Konzept sollte die Auswirkungen der 40-jährigen Diktatur auf die nachfolgende Demokratie auf nationaler und internationaler Ebene sichtbar machen.
2. Die persönliche Akteneinsicht ist und bleibt ein personalintensives Unternehmen. Es herrscht der Eindruck vor, dass in diesem Bereich ein verdeckter Personalabbau stattgefunden hat, der Wartezeiten gegenüber früher verlängert. Wir verlangen verkürzte Wartezeiten, das muss sich in einem erweiterten Personalbestand niederschlagen.
3. Die Rekonstruktion vorvernichteter Akten ist Teil der Aufarbeitung der Diktaturfolgen. Sie sollte mit hoher Intensität wieder aufgenommen werden. So haben Verbrechen von der Zersetzung bis zum Mord noch die Chance, aufgeklärt zu werden. Die von der BStU bereits beschriebenen Lücken in der Überlieferung können wenigstens teilweise gefüllt werden.
4. Die relative Eigenständigkeit des Stasi-Unterlagen-Archivs sollte darin zum Ausdruck kommen, dass der hohe Bedarf an Investitionen, der auf dreißigjährige Versäumnisse zurückgeführt werden muss, in einer mehrjährigen Startphase mit hoher Beschleunigung realisiert wird. Dazu bedarf es zweckgebundener Mittel, die ausschließlich dem Stasi-Archiv zugutekommen oder dem Stasi-Archiv durch Synergieeffekte nachweisbar nutzen.
5. Der Umzug in neu entstehende Gebäude sollte in einer Weise erfolgen, dass der laufende Betrieb möglichst auf hohem Niveau weitergeführt werden kann. Auch hier sollte in zukunftssträchtig, automatisierte Techniken investiert werden. Bei den zu erfolgenden Baumaßnahmen für die Modernisierung und Neubaulmaßnahmen sollte auf Synergieeffekte mit Gedenkstätten und Einrichtungen der staatsbürgerlichen Bildung geachtet werden, um so dauerhafte aktive Orte der Demokratie zu entwickeln.

6. Die öffentlich zugänglichen Suchmaschinen des Bundesarchivs entsprechen hinsichtlich der Benutzerführung, Suchsyntax und Geschwindigkeit nicht den internationalen Standards (vgl. etwa die Nationalbibliothek Litauens). Hier ist ein Neuansatz nötig, der hinsichtlich Geschwindigkeit, Nutzerführung und verfügbaren Datenbanken realisiert werden muss.
7. Für die Schaffung eines Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur erwarten wir intensive Gespräche mit Opferverbänden und prominenten Vertretern der Opfer.

In diesem Sinne muss es politischer Leitsatz bleiben, dass die Eingliederung der Stasi-Akten nicht als – übrigens von manchem gewünschten – Signal für den Schlussstrich in der Aufarbeitung wird.

Dieter Dombrowski
Bundesvorsitzender